

FDP Maintal

TEMPO 30 IN BRAUBACHSTRASSE ZURÜCKNEHMEN!

01.08.2025

FDP-FRAKTION SETZT SICH FÜR ALTE GESCHWINDIGKEITSREGELUNG EIN

„Wir wollen, dass der Magistrat die ungerechtfertigte Einführung von Tempo 30 in der Braubachstraße zurücknimmt,“ fordert der FDP-Ortsvorsitzende Leo Hoffmann und kündigt einen entsprechenden Antrag für die Stadtverordnetenversammlung am 1. September an. Demnach soll zwischen Querspange und Bahnhofstraße wieder Tempo 40 gelten. Der Magistrat hatte vor kurzem in der Braubachstraße und der Berliner Straße durchgehend Tempo 30 eingeführt, um vermeintliche Sicherheitsprobleme zu beheben.

„Während in der Berliner Straße die Argumentation noch nachvollziehbar sein kann, dass die Autos, vor allem die Busse und LKWs bei Gegenverkehr auf den Radweg ausweichen, passt diese Argumentation in der Braubachstraße überhaupt nicht,“ weit Leo Hoffmann, der auch Vorsitzender des Mobilitätsausschusses ist, darauf hin, dass die Braubachstraße viel breiter als die Berliner Straße ist und die Bürgersteige nicht abgesenkt sind. Aus seiner Sicht hat der Magistrat schlicht mit seiner Ausweitung des Tempo 30 auf diesen Straßenabschnitt überzogen.

„Für mich passt das Agieren des Magistrates in das Bild einer autofeindlichen Politik, die insbesondere von den Grünen gefördert wird,“ sieht Leo Hoffmann eine zunehmende Politik gegen die Mobilitätsbedürfnisse der Maintaler Bürger am Werk. Für ihn ist es unverzichtbar, dass der Verkehr in Sammel- und Durchfahrstraßen flüssig und zügig möglich sein muss. „Es macht Sinn, dass die Straßenverkehrsordnung Tempo 50 als Regelgeschwindigkeit innerorts vorsieht,“ so der FDP-Stadtverordnete, der ergänzt: „Tempo 30 ist aus meiner Sicht in reinen Wohngebieten und bei konkreten Gefahrenstellen angebracht, verliert aber seine Wirkung, wenn es überall angeordnet

wird.“

Aus Sicht des FDP-Politikers war die bisherige Situation in der Braubachstraße jedenfalls nicht so gravierend, dass eine Geschwindigkeitsreduktion angezeigt wäre. Leo Hoffmann: „Für mich zeigt sich bei der Anordnung des Magistrates erneut, dass die Anti-Auto-Ideologie das Verwaltungshandeln in Maintal prägt, sowohl im fließenden als auch im ruhenden Verkehr.“